# Hallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1908. Nr. 102. Jahrgang 200.

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebendeben in Halle a. S.

Sonnabend, 29. Februar 1908.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon-Amt VI. Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.


## Ein Attentat auf den Schah von Persien.

Freitag nachmittag um 3 Uhr wurden von dem Dache eines in einer engen Straße Teherans gelegenen Hauses gegen den Schah von Persien, der sich nach Doshantapeh begab, wo er mehrere Tage verweilen wollte, zwei Bomben geschleudert. Die erste Bombe explodierte in der Luft. Die zweite erreichte den Boden beim Automobil des Schahs, tötete drei Vorreiter und verwundete den Chauffeur und ungefähr 20 andere Personen. Der Schah befand sich nicht im Automobil, sondern in einem Wagen, der in einiger Entfernung dahinterfuhr. Der Schah stieg sofort aus seinem Wagen und begab sich in das nächstliegende Haus. Einige Augenblicke darauf begab er sich, von Wachen umgeben, nach dem Palast, wo er unversehrt eintraf. In dem Hause, von dessen Dach die Bomben geschleudert wurden, wurde eine Haussuchung vorgenommen, ebenso in den benachbarten Häusern. Bisher sind aber alle Nachforschungen ergebnislos geblieben.

Bei Redaktionsschluß läuft noch folgendes Telegramm aus Paris bei uns ein: Das Haus, in das der Schah unmittelbar nach dem Attentat sich begab, gehört dem Arzte Hussein Khan. Dieser konstatierte an dem Schah weder äußere Verletzungen noch eine besondere nervöse Erregung. Zwei Generäle und eine Schwadron Reiterei erwarteten den Schah am Haustore. Zu Fuß legte der Monarch mit dieser ihn eng umschließenden Eskorte den Weg ins Palais zurück.

### Gädke.

Mit allseitiger Genugtuung wird in allen vaterländisch empfindenden Kreisen das Urteil des Berliner Kammergerichts begrüßt werden, durch das in letzter Instanz und somit unwiderruflich dem vormaligen „Oberst a. D." Gädke das von ihm in Anspruch genommene Recht aberkannt ist, seinen Titel weiter zu führen. Herr Gädke vertrat die Ansicht, daß ihm dieser durch das ehrengerichtliche, vom Kaiser bestätigte Urteil zu Unrecht entzogen sei.

Da der Verurteilte heute in „seinem" „Berliner Tageblatte" das Urteil des höchsten zuständigen Gerichtshofes als ein „Fehlurteil" bezeichnet und von einer zwar nicht „bewußten", aber desto planmäßigeren Rechtsbeugung spricht, so wird man gut tun, die Gründe des Kammergerichts in den Hauptsätzen sich nochmals vor Augen zu halten, um einer Irreleitung der öffentlichen Meinung vorzubeugen.

Herr Gädke hatte bekanntlich stets behauptet, die Ehrengerichtsordnung komme für Offiziere außer Dienst nicht mehr in Betracht. Das Urteil stellt dagegen fest, daß inaktive Offiziere der Disziplinargewalt des Königs nicht entzogen seien.

Ein Offizier, der in den Dienst tritt, schließt einen öffentlich rechtlichen Dienstvertrag mit dem König ab. Durch ihn unterwirft er sich der Kommandogewalt des Königs und erwirbt dadurch das Anrecht auf den Stand und die Pension. Sein Verhältnis zum König hört nicht vollständig auf, wenn der Offizier von dem Rechte Gebrauch macht, die Uniform weiter zu tragen. Er unterwirft sich damit freiwillig der Kommandogewalt des Königs. Wenn er die Uniform weiter trägt, übernimmt er auch Pflichten in der Wahrung der Standesehre und hat sich den Organen zu unterwerfen, die dafür zu sorgen haben, daß diese Standesehre gewahrt wird. Diese Organe sind die Ehrengerichte. Infolgedessen ist auch der mit Uniform verabschiedete Offizier weiterhin den Ehrengerichten des Königs unterworfen.

Es ist weiter gesagt worden, der Angeklagte habe auf das Recht, die Uniform zu tragen, verzichtet, und deswegen sei er der Ehrengerichtsbarkeit entzogen worden. Wenn der Angeklagte ohne weiteres auf das Recht, die Uniform zu tragen, verzichtet hätte, so wäre das nach der Ansicht des Senats gültig gewesen. Der Verzicht wäre gültig gewesen, wenn der Angeklagte ihn ausgesprochen hätte, ehe das ehrengerichtliche Verfahren gegen ihn eingeleitet wurde. Mit dem Moment aber, wo das Verfahren gegen ihn eingeleitet wurde, hatte er das Recht verwirkt, nunmehr einseitig zu verzichten. Sein Verzicht wäre auch dann noch gültig gewesen, wenn er allgemein auf jedes Recht, das ihm durch den ehrengerichtlichen Spruch hätte aberkannt werden können, verzichtet hätte, also nicht nur auf das Recht, die Uniform zu tragen, sondern gleichzeitig auch den Offiziierstitel zu führen.

Das hat er aber nicht getan, und deshalb ist dieser einseitige Verzicht auf Grund des § 33 der Ehrengerichtsordnung nicht mehr zulässig. Denn da ist ausdrücklich vorgeschrieben, daß jedes ehrengerichtliche Verfahren nach seiner Einleitung nur durch einen ehrengerichtlichen Spruch aufhören kann und nicht mehr auf Grund eines einseitigen Verzichtes auf einen Teil der Rechte. Der Angeklagte muß sich deshalb dem ehrengerichtlichen Spruch unterwerfen.

Die Verurteilung mußte ausgesprochen werden, weil der Angeklagte einen Dolus damit beging, daß er sich dem Spruche des obersten Gerichtshofes nicht fügte. Das ist so unanfechtbar, einwandfrei, überzeugend und durchschlagend, daß der Fall nach seiner grundsätzlichen Seite hin erledigt erscheint.

Was übrig bleibt, ist nichts als ein verdammenswerter Wandel, der die Berechtigung des ehrengerichtlichen Urteiles nur nachträglich in ein doppelt helles Licht setzt.

Anstatt nämlich nun zu schweigen und seine verdiente Niederlage einzugestehen, verdächtigt Herr Gädke in trübster Weise die gesamte deutsche Rechtsprechung. Er kann sich offenbar gar nicht vorstellen, daß es Richter gibt, die von seinen Großsprechereien sich nicht im mindesten imponieren lassen. Nicht nur seine Gedankengänge, sondern auch die Methode seiner Unterstellungen zeigt dabei, wie sehr er auf der schiefen Ebene der Rabulistik bereits von deutschen Ehrbegriffen, die er früher doch wohl einmal hochgehalten hat, zu den Anschauungen des „Berliner Tageblattes" herabgeglitten ist. So verdächtigt er den Senatsvorsitzenden des Kammergerichtes in folgender widerwärtiger Weise:

„Auch im Kammergericht, dessen zweiter Senat mich freigesprochen, hatten inzwischen von fünf Richtern drei, darunter der Vorsitzende, gewechselt! Der neue Vorsitzende war Herr Koffka, Landwehrhauptmann a. D. Er hat sich für nicht befangen erklärt und wird jedenfalls recht gehabt haben! Vielleicht wäre es dennoch besser gewesen, er wäre von der Leitung dieses Prozesses zurückgetreten, wo es sich um Uebergriffe der Kommandogewalt handelte. Es kommen hier Gefühlsmomente in Betracht, und mit dem Namen des Kammergerichts ist immer noch das Andenken an den Zweisen-Prozeß verknüpft!

Kein Gedanke an bewußte Rechtsbeugung! Aber unsere Richter sind schließlich auch nur einfache Beamte und werden groß in den Anschauungen einer bestimmten sozialen Schicht. Die Atmosphäre, in der sie atmen, ist dem unbefangenen Urteil nicht günstig da, wo es sich um die Abwägung von Kronsrechten gegen die Rechte des Staatsbürgers handelt, wo Autorität gegenüber gesetzmäßiger Freiheit steht und wo die Politik mit ihren trennenden Leidenschaften hineinspielt. Daher stammen die Klagen über „Klassenjustiz", deren Berechtigung im Reichstage nicht einmal von konservativer Seite völlig geleugnet wurde. Leider ist auch die Unabhängigkeit der Richter von materiellen und gesellschaftlichen Einflüssen verschiedener Art in unserem haldamtlichen Beamtenstande noch immer nicht so gesichert, wie es dem Ideal der Rechtspflege entsprechen würde."

Schlimmer kann sich wahrlich der wüteste sozialdemokratische Demagoge nicht benehmen: „Ich will nichts gesagt haben! Gott bewahre! Aber — wahr ist es doch"!

Wie berechtigt der ehrengerichtliche Spruch war und wie wenig dieser Mann in das deutsche Heer gehörte, beweist er selbst am besten mit dem Satze:

„Ein Titel, der nach Willkür jeden Augenblick genommen werden kann, der nicht ein Recht, sondern eine jederzeit entziehbare Gnade ist, hat kaum mehr Wert als ein Lakaientitel.

Eine Ehre ist es wahrlich nicht, den gleichen Titel mit den Hoheran, Lunar, Pätow e tutti quanti führen zu sollen. Nein, es ist gut, von dieser Gemeinschaft abrücken zu können".

Der Schlußsatz enthält übrigens insofern eine Selbsttäuschung, als Herr Gädke gerade durch seine Ausschließung aus der Heeresgemeinschaft erst recht in die Gemeinschaft der Genannten gelangt, die übrigens trotz der Schwere ihrer sittlichen Verfehlungen diese Gemeinschaft schwerlich als einen Vorzug empfinden dürften. Denn wie schwer sie auch sich vergangen haben mögen, so steht doch noch immer anzunehmen, daß sie in der Stunde der Gefahr ihren König bis auf den letzten Blutstropfen verteidigt haben würden. Herr Gädke aber hatte es bekanntlich mit dem Pflichtgefühle seines Standes vereinbar erachtet, die eidvergessenen serbischen Offiziere, die wie Bluthunde ihren König zerstückelt hatten, zu verteidigen. Das „Berliner Tageblatt" widmete ihm bereits am Mittwoch eine Verherrlichung, an deren Schlusse es heißt:

„Der Titel ist ein Strohhalm; Oberst Gädke hat um ihn gekämpft, weil Ehre auf dem Spiel stand. Er muß nach sechs Schlachtjahren sehen, daß der Strohhalm davonschwimmt. Fahr hin! Oberst Gädke darf mit Franz I. sprechen: „Tout est perdu, fors l'honneur!" (Alles verloren bis auf die Ehre!)

Angesichts der Albernheit dieses Gebarens erinnert die „Dtsch. Volks-Corr." an die Geschichte von dem Bankerotteur, der nach einer erfolgreichen Pleite vor seine Frau tritt: „Nu, liebe Frau, wie stehe ich da. Wie Franz I. Alles gerettet bis auf die Ehre!"

### Parlamentarisches.

In der Reichstagskommission für das Reichsvereinsgesetz führte am Freitag bei der fortgesetzten Beratung des Sprachenparagraphen der Staatssekretär des Innern aus: Auch in Oesterreich gelte nur die als Amtssprache zugelassene Sprache als Versammlungssprache. In Frankreich sei dem Ministerrate seit 1895 gestattet, in Frankreich die nicht in französischer Sprache erscheinenden Zeitungen zu verbieten. Wenn den Kindern polnischer Eltern nicht von vornherein ein Abscheu vor dem Deutschen beigebracht würde, stände es mit der Zweisprachigkeit in diesem Lande besser. Es muß dafür gesorgt werden, daß das Deutschtum gefördert wird gegenüber den Wellen der polnischen Bewegung. Wenn die Reichsgesetzgebung die Materie nicht regele, werden die Einzelstaaten es tun.

Die nationalliberale Fraktion des Reichstags hat ebenso wie jüngst das Zentrum zum Etat für das Reichsamt des Innern beantragt, dem Reichstage ein Gesetz betr. Unfallfürsorge für bei Rettungsarbeiten verunglückte Personen vorzulegen.

Die Abgg. Herold und Schmedding (Münster) haben mit Unterstützung des Zentrums im Abgeordnetenhause folgenden Initiativantrag eingebracht:

„Die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, möglichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den gemäß § 3 des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 und 12. März 1894 die Zusammenlegung von mehreren Gemeinden und Gutsbezirken zu Ortsarmenverbänden geregelt wird, insoweit dieses durch die bestehende Gesetzgebung in einzelnen Landesteilen noch nicht geschehen ist."

### Marokko.

Unbeirrt durch mehrfache Richtigstellungen behauptet der „Temps" in einer aus Rabat datierten Korrespondenz aufs neue, der dortige deutsche Vizekonsul Neudörfer habe nach der Ausrufung Mulay Hafids in Fez den Sultan Abdul Asis zu überzeugen bemüht, daß er von Frankreich keine Hilfe zu erwarten hätte, und habe ihn bewegen wollen, den deutschen Gesandten zu sich nach Fez zu berufen. Der Sultan habe sich jedoch geweigert. Später habe Herr Neudörfer eine Unterredung mit Ben Sliman gehabt, und kurz darauf sei ein Depesche des Gesandten Rosen eingetroffen, des Inhalts, daß die deutsche Regierung, entsprechend der Bitte des Sultans, der französischen Regierung wegen der Ueberschreitung der Zwölfkilometergrenze bei ihren militärischen Unternehmungen in der Umgegend von Casablanca Vorstellungen gemacht habe.

Diesen Mitteilungen gegenüber kann sich die „Nordd. Allg. Ztg." im Anschluß an ihre früheren Darstellungen des Sachverhalts auf die Bemerkung beschränken, daß der „Temps" mystifiziert worden ist. Den Beweis für die Unrichtigkeit der obigen Angaben wird ein Weißbuch über die Vorgänge in Marokko erbringen, das sich in Vorbereitung befindet.

Ferner laufen folgende Meldungen bei uns ein: Nach einer Depesche d'Amades aus Mediuna vom 27. Februar befinden sich die Ber Rechid-Kolonne und die Kolonne Brulard in Mediuna, wo die Küstenkolonne zu ihnen stieß. Es scheint also, daß General d'Amade das Telegramm noch nicht erhielt, worin ihn die französische Regierung ersuchte, seinen Plan bis in die Einzelheiten bekannt zu geben. Der französische Kriegsminister Picquart sandte deshalb eine neue Depesche an d'Amade. Heute, Sonnabend, hat, wie weiter aus Paris gedrahtet wird, Clemenceau eine Unterredung mit dem General Lyautey bezüglich seiner Vollmacht und der des Zivilkommissars des Ministeriums für die auswärtigen Angelegenheiten in Udschda und betreffend die Organisation der Polizei an diesem Teile der Grenze. „Agence Havas" glaubt zu wissen, daß Clemenceau die Absicht habe, den General Lyautey auch über eine etwaige Verwendung von Senegalschützen in Marokko zu befragen.

Bei Redaktionsschluß läuft dann noch folgendes Telegramm aus Paris bei uns ein: Die Antwort des Generals d'Amade auf die Anfrage der französischen Regierung ist Freitag abend eingetroffen. Der General erklärt, daß die Beruhigung der Schaujas mehr eine Frage der Zeit als seiner Truppenstärke sei. Diese hänge von Umständen ab, die er mit seinen Vorschlägen der Regierung auseinandersetzen werde. Gerade in diesem Augenblick glaube er aber mit einer gewissen Sicherheit annehmen zu können, daß der Zeitpunkt günstig sei, um den Feind mit den ihm zur Verfügung stehenden Truppen zu schlagen. Jeder Aufschub in den Unternehmungen sei nur für den Feind vorteilhaft. Zum Schluß meldet d'Amade, daß er jetzt gegen die Medakras vorgehen werde. Nach Eingang dieser Antwort hat die französische Regierung den General d'Amade benachrichtigt, daß sie ihm unter den von ihm dargelegten Bedingungen volle Aktionsfreiheit lasse. Ueber die Frage eines weiteren Nachschubes von Truppen werde sie ihm von ihrer alsbald zu treffenden Entscheidung in Kenntnis setzen.

## Deutsches Reich.

* **Der Enteignungsparagraph der Ostmarkenvorlage** hat nunmehr folgenden Wortlaut:

Dem Staate wird das Recht verliehen, in den Bezirken, in denen die Sicherung des gefährdeten Deutschtums nicht anders als durch Stärkung und Abrundung deutscher Niederlassungen mittels Ansiedlungen (§ 1) möglich erscheint, die hierzu erforderlichen Grundstücke in einer Gesamtfläche von nicht mehr als 70 000 Hektar nötigenfalls im Wege der Enteignung zu erwerben. Ausgeschlossen ist die Enteignung: a) von Gebäuden, die dem öffentlichen Gottesdienst gewidmet sind, und von Begräbnisstätten, b) von Grundstücke in einer Gesamtfläche von nicht mehr als 70 000 Hektar schaften, denen Korporationsrechte verliehen sind, sofern der Eigentumserwerb vor dem 26. Februar 1908 vollendet war, c) von Grundstücken, die im Eigentum von Stiftungen, die als milde ausdrücklich anerkannt sind, stehen, sofern der Eigentumserwerb vor dem 26 Februar 1908 vollendet war.

* **Das Schicksal der Steuervorlagen.** Die Preßmeldung, daß die Branntwein- und Tabakbanderolsteuervorlage im Reichsschatzamt einer schleunigen Umarbeitung unterzogen würden, um dann in neuer Form an die gesetzgebenden Körperschaften zu gelangen, ist unrichtig. Beide

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190802292-10/fragment/page=0001

Entwürfe liegen beim Bundesrat, und eine Entscheidung, ob sie dem Reichstage zugehen oder zurückgezogen werden, ist bisher noch nicht getroffen worden, was mir Rücksicht auf die Erklärung des neuen Staatssekretärs Sydow im Reichstag, der sich erst einzuarbeiten wünscht, nur natürlich erscheint. Gleichzeitig kann darauf hingewiesen werden, daß die Vorlegung eines Erbschaftssteuerentwurfes für Deszendenten und Ehegatten bei der zuständigen Behörde nicht vorbereitet wird.

* **Der Gesetzentwurf über die Arbeitskammern.** Gegenüber abweichenden Preßberichten stellt die „Nordd. Allg. Ztg." folgendes fest: Der im Einvernehmen mit der Königlich preußischen Regierung im Reichsamte des Innern ausgearbeitete Gesetzentwurf über Arbeitskammern ist unter dem 1. Februar 1908 im Bundesrate eingebracht und gleichzeitig allen verbündeten Regierungen zugegangen. Keiner Bundesregierung ist der Entwurf früher als zu diesem Zeitpunkte mitgeteilt worden. Nach der Mitteilung an die Bundesregierungen wurde am 4. Februar der Entwurf durch den „Reichsanzeiger" veröffentlicht.

* **Exzellenz v. Stengel,** der gegenwärtig noch in Berlin weilt, gedenkt, wie die „Inf." erfährt, seinen Wohnsitz in München zu nehmen, wo er zahlreiche Verwandte besitzt.

* Die **Aufklärungsschiffe der Hochseeflotte** sind Freitag nachmittag von der Fahrt nach den spanischen Gewässern nach Kiel zurückgekehrt; der Kreuzer „Samburg" und der Kreuzer „Danzig" mit dem Prinzen Adalbert an Bord waren dem Geschwader vorausgefahren und bereits früher vor Kiel eingetroffen.

* **Die deutsch-französische Schlußkonferenz** zur Feststellung der Grenze von Kamerun und Französisch-Kongo wird am nächsten Montag im Reichs-Kolonialamt zu Berlin ihre Sitzungen aufnehmen. Die französischen Delegierten, Mr. Duchene, Abteilungs-Direktor im Kolonial-Ministerium, Major Moll von der Kolonial-Infanterie und Mr. Hermite, Botschaftssekretär in Berlin, sind Freitag nachmittag durch den französischen Botschafter im Reichs-Kolonialamt dem Staatssekretär Dernburg und dem Unterstaatssekretär Dr. von Lindequist vorgestellt worden. Der Letztere wird in den Verhandlungen den Vorsitz führen.

* **Dampffährenverbindung zwischen Deutschland und Schweden.** Nach einer Meldung aus Stockholm hat die schwedische Staatskommission die Verhandlungen über den Gesetzentwurf betreffend die Herstellung einer Dampffährenverbindung zwischen Schweden und Deutschland beendet. Die Kommission befürwortet die Annahme des Gesetzentwurfs im Reichstage.

## Preußischer Landtag.

**Abgeordnetenhaus.**

40. Sitzung vom 28. Februar, 11 Uhr

Am Ministertisch: v. Moltke.

Die allgemeine Besprechung über den Titel „Ministergehalt" wird beim Etat des Innern fortgesetzt.

Abg. **Fischbeck** (freis. Vp.): Wir leugnen nicht die bedauerlichen Angriffe auf die Sittlichkeit, die neuerdings vorgekommen sind. Aber wir warnen vor Uebertreibungen und vor Rezepten à la Eisenbart, die nur der Prüderie Schutz bringen. Wir begrüßen die Ausführungen des Abg. Frhrn. v. Zedlitz über die Selbstverwaltung und die Stellung der Aufsichtsbehörden zu ihr. Die Stadtverwaltung steht doch ständig unter der Kontrolle der Stadtverordnetenversammlung. Eine Entlastung unserer Regierungsorgane würde am wirksamsten dadurch erreicht, daß überhaupt weniger regiert würde. Auch auf dem Gebiete des Jagdrechts geht die Reglementiererei längst zu weit. Redner spricht schließlich über Wahllisten und Wahlbeeinflussungen.

Minister **v. Moltke** betont im Anschluß an die gestrige Rede des Abg. Münsterberg, das Gesetz über die Wohnungsfürsorge gehöre nicht nur zu seinem Ressort. In der Frage der Wahlbeeinflussungen stehe er auf dem Standpunkte des Ministerpräsidenten.

Abg. **v. Arnim** (kons.) unterstützt die Anregungen des Abg. Strosser auf Maßnahmen gegen die Auswüchse des Automobilverkehrs. Die Verschuldung der Kommunen fordert energische Abwehr- und Vorbeugungsmaßnahmen. Der jetzige Tilgungssatz ist vielfach unzureichend. Allgemein sollte die Tilgungszeit von 30 Jahren festgehalten werden.

Abg. **Dr. Friedberg** (natlib.) mißbilligt die Verwendung von Gendarmen bei Wahlen zu politischen Zwecken. Was die Verschuldung der Gemeinden betrifft, so wird die Tilgungszeit von 30 Jahren die Gegenwart zugunsten der Zukunft zu stark belasten. Redner bespricht einen Fall, in dem ein Berliner Student nach seiner Verhaftung nur deshalb nicht freigelassen wurde, weil der Kommissar gerade unpäßlich war.

Abg. **Viereck** (freikons.) ist gleichfalls gegen eine Ueberspannung der Aufsicht gegenüber der Selbstverwaltung und empfiehlt eine starke und stetige Polenpolitik ohne Nadelstiche. Die Fürsorge-Erziehung muß die Kinder vor sittlicher Verwilderung bewahren. Gegen Animierkneipen sollte noch schärfer als bisher eingeschritten werden. Zweck des Theaters muß die künstlerische und sittliche Erziehung des Volkes sein. Stücke, die nur der Lüsternheit dienen, müssen verboten werden. Jetzt sind die Berliner Straßen für anständige Frauen und ehrbare Männer infolge des Treibens der Prostituierten nur schwer zu passieren.

Minister **v. Moltke** bittet, sich in dem vom Abg. Friedberg geschilderten Falle nicht auf Zeitungsnachrichten zu stützen, sagt aber Untersuchung zu. Eine Schuldentatistik für die Gemeinden ist in Arbeit. In der Ostmarkenpolitik bin ich für eine starke und stetige Politik; den entschiedenen nationalen Willen werde ich nicht vermissen lassen.

Abg. **Roeren** (Ztr.): In Deutschland sind allein 52 Firmen mit dem Vertrieb des Schmutzes in Wort und Bild beschäftigt. In der pornographischen Produktion marschiert Deutschland leider schon an der Spitze. Bedenklich ist der Mißbrauch der Kriegervereine zu parteipolitischen Zwecken und zu Wahlbeeinflussungen. Das Schicksal des Flottenvereins zeigt, daß das Verühren der Politik verhängnisvolle Folgen hat. Auch eine Anzahl von Kriegervereinen hat bei den letzten Wahlen, namentlich an Saar und Mosel, Parteipolitik getrieben. Sie sind in diese Parteipolitik geradezu hineingepreßt worden. Am befremdlichsten wirkte, daß die aus dem Landeskriegerverbande ausgetretenen Kriegervereine aufgelöst und von der Polizei chikaniert worden sind. (Beifall im Zentrum.)

Minister des Innern **v. Moltke:** Ich kann mich unmöglich mit dem Abg. Roeren darüber streiten, ob die Kriegervereine von der Polizei chikaniert oder ungesetzlich behandelt worden sind. Die Kriegervereine sollen sich freihalten von aller Parteipolitik und sich auf die Pflege nationaler und königstreuer Gesinnung beschränken. Die Verbandsleitung hat von den Vereinen gefordert, daß sie für die in Südwestafrika für die Landesehre kämpfenden Kameraden eintreten. Ein satzungswidriges Verhalten der Kriegervereine kann darin nicht erblickt werden. (Lebhafter Widerspruch im Zentrum.) Das Vorgehen des Landeskriegerverbandes hat die Billigung des Deutschen Kriegerbundes durchaus gefunden. Nur im Rheinland herrschte keine völlige Uebereinstimmung. Deshalb sind einige Vereine aus dem Landeskriegerverbande ausgeschieden. Was die Erlaubnis des Fahnenführens betrifft, so ist jedem Verein bekannt, daß diese Erlaubnis zurückgezogen werden kann, wenn die Voraussetzungen für diese Erlaubnis nicht mehr zutreffen. Als diese Vereine aus dem Verbande ausschieden, wußten sie genau, welche Folgen das haben müsse. Die Behörden haben versucht, sie vom Austritt zurückzuhalten. Selbstverständlich muß unser Streben sein, den bedauerlichen Zwiespalt und den Bruch des kameradschaftlichen Geistes zu beseitigen. Dem Wiedereintritt der betreffenden Vereine werden keine Schwierigkeiten gemacht. (Lachen und Zurufe im Zentrum.) Ihre Zurufe enttäuschen mich. Ich glaubte, Sie hätten dieselbe Absicht, die Vereine wieder zu verschmelzen. Ich hoffe, Sie werden mir dabei helfen. Ebenso wie Parteipolitik dürfen auch konfessionelle Fragen in die Kriegervereine nicht getragen werden. (Lebhafter Beifall rechts, Lachen im Zentrum.)

Abg. **Blell** (freis. Vgg.) wünscht eine gleichmäßige Behandlung der ausländischen Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft und empfiehlt Parität auch gegenüber den Polen.

Abg. **Schulze-Pelkum** (kons.): Die Angriffe auf die Landräte und Kreisblätter sind unberechtigt. Die Konservativen haben den Eindruck, als ob die Sonne der Regierung über anderen Parteien viel mehr scheint als über den Konservativen. (Lebhafte Zustimmung rechts, Oho! links.) Der Abg. Friedberg beschwert sich über die Vorgänge in Memel-Heydekrug, aber wenn die Zeitungsnachrichten zutreffen, sind dort zugunsten der Nationalliberalen so starke Wahlbeeinflussungen vorgekommen, daß die Wahl des Nationalliberalen für ungültig erklärt werden muß. Für diese Wahlbeeinflussungen hat Abg. Friedberg kein Wort des Tadels gefunden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Marx** (Ztr.) steht in den Ausführungen des Ministers über die Kriegervereine den beleidigenden Vorwurf, das Zentrum sei eine antinationale Partei. Das Zentrum wird fortfahren in wahrer Vaterlandsliebe. Redner meint, in der Verbreitung unsittlicher Bilder sei vieles schlimmer geworden. Wahre Kunst leidet nicht unter scharfem Vorgehen gegen den Schmutz. Das lächerlichste ist, daß Christusbilder zusammen mit obszönen Nuditäten ausgestellt werden. Die jetzt neu angeordnete Behandlung der Prostituierten ist ein Fortschritt; nur sollte bei kranken Personen Krankenhausbehandlung eintreten.

Minister **v. Moltke:** Ich habe kein Wort gesagt, aus dem das Zentrum schließen könnte, ich werfe ihm antinationale Gesinnung vor. (Sehr wahr!) Eine wirkliche Arbeiternot war bis vor kurzem in der Industrie nicht zu verzeichnen. Das eigene Interesse der Industrie gebietet ihr auch, einen Ersatz für die ausländischen Arbeiter zu suchen.

Abg. **Westermann** (natlib.) fordert Mittel seitens des Staates zur Unterstützung der Opfer der Roburitexplosion in Annen und Witten.

Abg. **Dr. Wagner** (freikons.) empfiehlt Einsetzung einer Kommission zwecks einheitlicher Bekämpfung unzüchtiger Bilder, sowie Zurückweisung der rohen Ausschreitungen in der Silvesternacht.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Titel „Ministergehalt" wird bewilligt. In der Einzelberatung betont beim Kap. „Landräthliche Behörden und Aemter"

Abg. **v. Bockelberg** (kons.): Mit einer grundsätzlichen Umgestaltung der Landratsämter bei der Reorganisation der inneren Verwaltung würden wir nicht einverstanden sein. Den Landräten ist durchaus ein größeres Maß entscheidender Befugnisse zu geben. In einer weit größeren Zahl von Fällen als bisher muß Vorbereitung, Entscheidung und Ausführung in ihrer Hand liegen.

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 11 Uhr.

Schluß 4¼ Uhr.

## Deutscher Reichstag.

111. Sitzung vom 28. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Bethmann-Hollweg, Caspar.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Berichte der Geschäftsordnungskommission. Dem Antrage der Kommission gemäß wird die Genehmigung zur Zeugenvernehmung des Abg. Scheffbeck in einem Privatklageverfahren verweigert.

Ferner wird die von dem Abg. Held beantragte Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen sich selbst erteilt.

Darauf wird die erste Lesung des Gesetzentwurfs betr. den **kleinen Befähigungsnachweis** fortgesetzt.

Abg. **Malkewitz** (kons.) äußert seine Genugtuung über den Eingang der amtlichen Denkschrift über die Ergebnisse der Handwerkerorganisation von 1897. Weiter weist Redner eine gestrige Bemerkung des Abg. Linck zurück, als habe er (Redner) gestern versucht, die Handwerkerfreundlichkeit der Nationalliberalen anzuschwärzen. Es habe ihm fern gelegen, eine befreundete Partei in einer wirtschaftlichen Frage anzuschwärzen. Er habe vielmehr seiner Freude über die Nationalliberalen Ausdruck gegeben.

Abg. **Cuno** (frs. Vp.) bemängelt die Fassung des Gesetzes, die nicht einfach genug sei, um für einfache Handwerker leicht verständlich zu sein. Von der äußersten Linken ist die Besorgnis geäußert worden, durch diesen kleinen Befähigungsnachweis würden die Bestrebungen auf Erlangung des allgemeinen Befähigungsnachweises nur noch gestärkt werden. Der größte Teil meiner Freunde wird sich aber durch dieses Bedenken nicht beeinflussen lassen. Ehe uns der Entwurf schmackhaft ist, müssen wir jedenfalls noch manche Einzelheit ändern, deshalb schließen wir uns dem Antrage auf Kommissionsberatung an.

Abg. **Göring** (Ztr.) wünscht Anlegung von Handwerkerregistern und bemängelt die Zusammensetzung der Handwerkskammern. Muß jeder Handwerker für die Kammer zahlen, so muß er auch mitwählen dürfen. Erfreulich sei, daß mit der Vorlage jetzt alle bürgerlichen Parteien einverstanden seien. Aber die Nationalliberalen sind jetzt nur so wohlwollend gegen das Handwerk nur „der Not gehorchend". Not lehrt beten. Die Handwerker sind auch nicht überzeugt, daß dieses Wohlwollen in Zukunft andauern werde. Und das Wohlwollen der Freisinnigen steht man ja an den vielen Einwendungen, die gestern Herr Carstens machte. Die Sozialdemokraten aber haben gesagt, die Vorlage nütze den Handwerkern gar nichts. Das zu beurteilen, überlassen Sie (zu den Soz.) doch den Handwerkern selber! So viel Urteile haben wir doch, um zu wissen, ob uns diese Vorlage etwas nützt. Die Behauptung Albrechts, die Handwerker müßten einen biegsamen Rücken haben, weise ich mit Entschiedenheit und Entrüstung zurück. (Beifall.)

Abg. **Bindewald** (dtsch. Rfpt.) spricht die Hoffnung aus, daß der kleine nur ein Vorbote des großen Befähigungsnachweises sein werde.

Abg. **Scheffbeck** (Ztr.) schließt sich dem Vorredner an und verwahrt die bayerischen Handwerker gegen den Vorwurf der Lehrlingszüchterei.

Die Debatte schließt.

Abg. **Wassermann** (natl.) stellt persönlich fest, daß im Jahre 1897 der kleine Befähigungsnachweis nicht am Widerstande der Nationalliberalen gescheitert sei.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Es folgt die erste Lesung der großen Gewerbenovelle in Verbindung mit der ersten Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die **Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit,**

sowie der internationalen Berner Abkommen über das **Verbot der Nachtarbeit der gewerblichen Arbeiterinnen** und das Verbot der Verwendung von weißem Phosphor.

Die Gewerbenovelle enthält ein Konglomerat von Neubestimmungen über die Ausstellung von Zeugnissen für gewerbliche Arbeiter, zweckmäßigere Gestaltung der Bestimmungen über die Lohnbücher, ortsstatutarischer Fortbildungsschulzwang auch für Arbeiterinnen unter 18 Jahren, Erweiterung der Ermächtigung des Bundesrats zur Bekämpfung von übermäßigen Arbeitszeiten herrührenden Gefahren auch auf sonstige Verbotsmaßnahmen in gesundheitsgefährlichen Betrieben, Verbotsbefugnis des Bundesrats für solche Arbeiten, die mit erheblichen Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit der Hausarbeiter oder für die öffentliche Gesundheit verbunden sind, Beseitigung der Begrenzung der Arbeiterschutzbestimmungen auf die Fabriken, Einführung einer nächtlichen ununterbrochenen Ruhezeit der weiblichen und jugendlichen Arbeiter von mindestens elf Stunden, Einführung des Zehnstundentags für Arbeiterinnen vom 1. Januar 1910 an.

Staatssekretär des Innern **v. Bethmann-Hollweg:** Wir haben die ernste Pflicht, uns mit der Frage der Heimarbeit eingehend zu beschäftigen, schon mit Rücksicht auf die vielen Personen, die damit zu tun haben. Die Hausindustrie ist über ganz Deutschland verbreitet. Sie gibt zahlreichen Gegenden den wirtschaftlichen Charakter. Alle Bevölkerungsklassen sind dabei beteiligt, von der ärmsten bis zu den mittleren, die einen Zuschuß zum Einkommen zu erreichen suchen. Mißstände machen sich freilich vielfach geltend. Es gibt eine Menge verschwiegener Sorge und Not. Die Verhältnisse sind ganz verschieden. Durch den Erlaß können daher nicht alle Schwierigkeiten gelöst werden. Auf der einen Seite fordert man die staatliche Gewalt zum Einschreiten auf, auf der anderen Seite erkennt man aber nicht, daß auch der Aermste in seiner Behausung frei schalten will, und daß jeder polizeiliche Eingriff in das Haus besonders schwer berührt. (Sehr richtig!) Es ist um so schwerer, als bei der Hausindustrie das häusliche Leben in der Arbeit aufgeht. Die Kontrolle wird viele Schwierigkeiten bereiten. Daher müssen wir mit Vorsicht an die Sache herangehen. Sonst könnten wir, wenn wir mit rauher Hand eingreifen, Werte zerstören, die wir hochhalten müssen. (Beifall.) Es ist uns schon der Vorwurf gemacht worden, daß die Novelle nichts bringe, das ist nicht richtig. Die Vorzüge der Vorlagen sind unverkennbar. Wir werden mit der Kommission des Reichstages in vollster Sachlichkeit an der Fertigstellung dieser Vorlagen arbeiten. Dort werden wir alle Einzelheiten sorgfältig prüfen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Pieper** (Ztr.) begrüßt die Vorlagen. Die Regierung gehe jetzt mit kräftigen Schritte voran in dem Ausbau des Arbeiterschutzes: aber sie folge damit nur Wünschen, die der Reichstag schon lange ausgesprochen habe. Das Zentrum sehe in der Vorlage manche Forderungen erfüllt und werde in der Kommission bereitwillig mitarbeiten.

Abg. **Sieler mann** (kons.) begrüßt die Vorlage mit Freuden. Seine Freunde seien bereit, in der Kommission mitzuarbeiten, wie sie denn überhaupt wünschten, daß die Sozialpolitik in ruhigen Bahnen fortgeführt werde.

Abg. **Heyl v. Herrnsheim** (natl.) heißt die Vorlage ebenfalls mit ganz besonderer Freude willkommen, namentlich insoweit sie für Fabrikarbeiterinnen den zehnstündigen Maximal-Arbeitstag einführe. In der Sozialpolitik seien wir jetzt allen anderen Staaten voran. Die Herabsetzung jenes Maximal-Arbeitstages für Frauen entspreche ausdrücklich den aus seiner Fraktion hervorgegangenen Anträgen. Er könne auch der von einem der beiden Vorredner ausgesprochenen Besorgnis nicht beitreten, daß durch solche kürzere Arbeitszeit der Verdienst der Arbeiterinnen sinke. Im Gegenteil, die Kürze der Arbeitzeit werde mehr als aufgewogen durch die erhöhte Arbeitsfreudigkeit. Er verweise da namentlich auch auf einschlägige Feststellungen der Handwerkskammer für Schwaben und Neuburg hinsichtlich der dortigen Webstuhlarbeiterinnen. Um so größer sei die Genugtuung, die er über diese Vorlage empfinde. Vom Standpunkte der Industrie ist die Vorlage nur zu begrüßen. Ebenso begrüße ich, daß durch die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft die Arbeitszeit und die Löhne vieler Arbeiter erheblich verbessert worden ist. (Beifall.) Ich bedauere lebhaft die Angriffe, die von Bayern, Württemberg und Baden gegen diese Eisenbahngemeinschaft erhoben werden. Wir in Hessen können diese Gemeinschaft nicht hoch genug einschätzen. (Lebhafter Beifall.) Bei der Heimarbeit vermissen wir ein Verbot der Mitgabe der Arbeit nach Hause und wir vermissen die Ausdehnung der Zwangsversicherung auf die Heimarbeiter. (Lebh. Beifall.)

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): In das unbedingte Lob der Vorredner kann ich nicht einstimmen. Die Arbeiter fordern ganz andere Fortschritte. Aber die bürgerlichen Parteien empfinden ja jeden Fortschritt der Arbeiter als eine Beeinträchtigung ihrer eigenen Interessen. (Lebh. Widerspruch.) Wenn Zentrum und Sozialdemokratie von der Mehrheit ferngehalten werden, ist nur eine arbeiterfeindliche Sozialpolitik möglich. (Lebh. Widerspruch beim Block.) Die oldenburgische Regierung beklagt sich, daß ihr die Novelle vorher nicht unterbreitet worden ist, aber der Zentralverband der Industriellen hat sie vorher gehabt. Notwendig ist, wie wir von jeher betont haben, eine einheitliche Regelung des gesamten Arbeiterrechtes.

Nach 6 Uhr tritt Vertagung ein.

## Ausland.

**Rußland.** Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Die in der Presse fortdauernden Gerüchte über das Flottenbauprogramm und die dafür bevorstehende Verausgabung von zwei bis drei Milliarden Rubel entbehren jeder Begründung. Die Regierung ist tatsächlich mit der Frage des Wiederaufbaues der Flotte beschäftigt, beabsichtigt indessen im Verlaufe der nächsten Jahre für diesen Zweck bloß ungefähr 30 Millionen Rubel jährlich zu verausgaben.

**Türkei.** Die Pforte hat dem persischen Botschafter Prinzen Mirza Riza Chan offiziell mitgeteilt, daß die türkischen Truppen Saudjbulak gänzlich geräumt haben und sich in ihre früheren Garnisonen zurückgezogen haben. — Die Pforte gab gleichzeitig dem persischen Botschafter die Versicherung, daß die gemischte Kommission zur Untersuchung der Grenzvorfälle ihre Arbeiten wieder aufnehmen werde.

**Portugal.** Es verlautet wiederholt, daß keine Proklamation des Königs in der hergebrachten Form stattfinden wird. Die Zeremonie werde sich auf die Ratifikation des vom König vor den Mitgliedern der Regierung abgelegten Eides vor den Cortes beschränken.

**Großbritannien.** Wegen eines Besuches, den die Kaiserinwitwe von Rußland der Königin Alexandra abzustatten gedenkt, hat der König seine Abreise nach dem Kontinent bis nächsten Donnerstag verschoben.

Die zweite Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Erteilung des Wahlrechts an die Frauen wurde vom Unterhause am 28. cr. mit 271 gegen 92 Stimmen angenommen. Es besteht keine Aussicht, daß der Entwurf noch in dieser Session Gesetz wird.

Das Unterhaus hat auch ein auf Einschränkung des Gastwirtegewerbes gerichtetes Gesetz in erster Lesung angenommen.

## Aus Nah und Fern.

**Furchtbare Minenexplosion.** Nach einer in San Antonio (Texas) eingetroffenen Nachricht erfolgte eine Explosion in einer Mine bei Rosita (Mexiko), in welcher 200 Bergleute arbeiteten; es wird befürchtet, daß viele Arbeiter getötet oder verletzt sind. — Bei Redaktionsschluß läuft noch folgendes Telegramm ein: Laredo (Texas), 28. Februar. Nach den letzten Meldungen wird die Zahl der bei dem Minenunglück in Rosita in Mexiko Umgekommenen auf vierzig bis neunzig angegeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190802292-10/fragment/page=0002

**Große Ueberschwemmungen in Sicht.** Dem „Berl. Tagebl." zufolge ist die mehr als drei Millionen Kubikmeter fassende Talsperre im Sendbachtale in der Nähe von Solingen infolge Hochwassers so stark mit Wasser gefüllt, daß die Gefahr des Ueberlaufens droht. Ebenso tritt in den durch die Emscher und den Grundreich eingedämmten Niederungen bei Duisburg-Meiderich Grundwasser zutage, so daß große Ueberschwemmungen befürchtet werden.

**Cholera.** In Medinaisalih sind auch am 26. cr. neun Cholerafälle vorgekommen, von denen zwei tödlich verliefen.

## Provinz Sachsen und Umgebung.

— **Genthin**, 28. Febr. (Schwere Explosion.) Im Maschinenhause der Grüttefienschen Schneidemühle ereignete sich vorgestern gegen mittag ein schwerer Unglücksfall. Bei einer Kesselexplosion wurde der Arbeiter Franz Klein so schwer verbrühe, daß er auf der Stelle starb, während der Schmied Bannhausen durch umherfliegende Eisenteile am Rücken verletzt wurde.

— **Magdeburg**, 28. Februar. (Zusammenkunft von Adelsfamilien.) Am Mittwoch abend hatten sich in den Brunkfälen des „Café Hohenzollern" die Angehörigen vieler Adelsfamilien der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt zu der alljährlich hier stattfindenden Reunion vereinigt. Die Zahl der Erschienenen belief sich auf mehr als 220. Unter ihnen bemerkte man Damen und Herren aus den Geschlechtern v. Alvensleben, v. Bülow, v. d. Schulenburg, v. d. Recke, v. Hagen, v. Kap-herr, v. Richthofen, v. Krosigk, v. Marschall, v. Kracht, v. Wedel, v. Wartensleben, v. Münchhausen, v. Lindequist, v. Kotze, v. Walffen, v. Heldorff, v. Bismarck, v. Haeseler, v. Pieschel, v. d. Planitz, v. Knoblauch usw. Zunächst wurde bis 10 Uhr getanzt, dann wurde in den Nebenräumen an kleinen Tischen das Souper eingenommen. Nach dem Souper nahm der Ball seinen Fortgang; er dehnte sich bis nach 2 Uhr aus. Die eleganten Toiletten der Damen und die mannigfaltigen Uniformen der Offiziere aller Waffengattungen und Regimenter unserer Provinz und ihrer Nachbarschaft vereinigten sich zu einem farbenprächtigen Bilde in dem glänzenden Ballsaal.

W. **Dessau**, 28. Febr. (Ueber den schon erwähnten Eisenbahnunfall) wird amtlich gemeldet: Am 27. d. Mts. 4 Uhr 9 Minuten nachmittags entgleisten bei der Durchfahrt des Bedarfs-Güterzuges 7512 von Köthen nach Cöthen am Südende des Bahnhofes Dessau 13 leere Güterwagen. Die Ursache ist noch nicht festgestellt. Personen sind nicht verletzt. Zehn Wagen wurden stark beschädigt. Beide Hauptgleise von und nach Cöthen und das Hauptgleis Dessau—Bitterfeld wurden gesperrt. Die Reisenden bei den Personenzügen 681 und 682 von und nach Cöthen mußten an der Unfallstelle umsteigen. Der Personenverkehr von und nach Bitterfeld wurde nicht gestört. Gleis Dessau—Bitterfeld war 5 Uhr 55 Minuten nachmittags und Gleis Aken—Dessau 8 Uhr 10 Minuten nachmittags wieder frei. Das Gleis Dessau—Aken wird voraussichtlich am 28. d. Mts. morgens wieder betriebsfähig sein. Die Untersuchung ist eingeleitet.

— **Weimar**, 28. Febr. (Zur Erhöhung der Lehrergehälter in Sachsen-Weimar.) Das Staatsministerium hat sich entschlossen, dem neuen, vom gegenwärtigen Landtag genehmigten Gesetz über die Besoldungserhöhung der Volksschullehrer insofern rückwirkende Kraft beizulegen, als die erhöhten Bezüge bereits für das laufende Vierteljahr anstatt vom 1. April ab bezahlt werden sollen.

— **Ilmenau**, 28. Febr. (Der Mörder seines Kindes.) Wegen Verabreichung von vergifteter Schokolade an sein fast zweijähriges unehliches Kind wurde hier ein Handlungsgehilfe, der Vater des Kindes, verhaftet. Das Kind ist nach dem Genuß der Schokolade gestorben.

### Wissenschaft, Kunst und Theater.

W. **Verleihung des Professortitels.** Der „Reichsanzeiger" meldet: Dem Schriftsteller Adolf Arronge ist der Titel Professor verliehen worden.

— **Pauline Lucca †.** Die Kammersängerin Pauline Lucca ist am 28. cr. in Wien gestorben.

## Letzte Telegramme.

### Bombenanschlag gegen den Präsidenten Alcesta.

**New-York**, 28. Febr. Nach einem Telegramm aus Buenos-Aires wurde gegen den Wagen des Präsidenten Alcesta eine Dynamitbombe geschleudert, die jedoch nicht explodierte. Vier Personen wurden verhaftet.

### Französisch-deutsche Handelsorganisation.

**Paris**, 29. Febr. Hier fand gestern die konstituierende Versammlung einer französisch-deutschen Handelsorganisation zur Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland statt, in der die endgültigen Satzungen aufgestellt wurden. Unter den Vorstandsmitgliedern befinden sich der frühere Minister Baudin und der frühere Resident von Tunis Millet.

### Zur Explosion auf der Rositzagrube.

**New-York**, 28. Febr. Auf der Rositzagrube, wo eine Explosion schlagender Wetter stattgefunden hat, sind bis jetzt 40 Leichen geborgen worden.

---

**Kassel**, 28. Febr. Der Schiffsbesitzer Kliefer aus Münden stürzte von seinem Dampfer in die Fulda und ertrank.

**München**, 28. Febr. Ein Tagelöhner in Viechtach mißhandelte seine betrunkene Frau so stark, daß sie am anderen Tage als Leiche aufgefunden wurde.

**Paris**, 28. Febr. Die Königin Amalie hat sich dem „Messidor" zufolge sehr große Abzüge, angeblich weit über eine Million, von der Versicherungssumme gefallen lassen müssen, weil die Gläubiger des Königs ihre Maßnahmen entsprechend getroffen hatten.

**Agram**, 28. Febr. Die kroatischen Landtagswahlen zeigen ein Anwachsen der oppositionellen Koalition, die von 88 Mandaten bisher 44 errungen hat. Seitens der kroatischen Landesregierung wird erklärt, das Wahlresultat sei nicht überraschend und dürfte zu einer neuerlichen Auflösung des Landtags führen.

## Börsen- und Handelsteil.

### Allgemeines.

#### Vom Kohlensyndikat.

In der Zechenbesitzerversammlung des Kohlensyndikats am 28. cr. in Essen erstattete der Vorstand Bericht, in dem es u. a. heißt: „Der rechnungsmäßige Kohlenabsatz betrug im Januar 1908 bei 25¼ Arbeitstagen 5 687 306 Tonnen oder gegen den gleichen Monat des Vorjahres bei 26 Arbeitstagen 100 708 Tonnen gleich 4,83 Proz. mehr. Die Förderung stellte sich insgesamt auf 6 919 124 Tonnen, gegen Dezember 1907 arbeitstäglich 0,48 Proz. weniger und gegen Januar 1907 arbeitstäglich 6,51 Proz. mehr. Der Rückgang der Förderung im Januar gegen Dezember ist in der Hauptsache auf den in der zweiten Monatshälfte aufgetretenen großen Wagenmangel zurückzuführen. In Koks ist eine weitere Abschwächung des Bedarfes zu verzeichnen. In Briketts hat die starke Nachfrage unverändert angehalten. — Ueber die Absatzverhältnisse im laufenden Monat liegen endgültige Zahlen noch nicht vor, die vorläufigen Aufschreibungen lassen jedoch eine ganz außerordentliche Steigerung der Kohlenlieferung der Zechen erkennen. Die Gründe hierfür sind in der erhöhten Leistung der Arbeiter und in dem Rückgang des Koksabsatzes zu erblicken, der eine starke Verminderung des Kohlenverbrauchs für die Kokserzeugung zur Folge hat, so daß dadurch größere Kohlenmengen für den Absatz frei geworden sind. Für das Absatzgebiet des Kohlensyndikats steht zweifellos fest, daß zurzeit die Förderung die Aufnahmefähigkeit ganz erheblich übersteigt, weshalb das Syndikat an die Versammlung den Antrag auf Verringerung der Beteiligungsanteile gestellt hat. — Das Absatzgeschäft in Koks hat sich im Rahmen des vormonatlichen bewegt. Eine weitere Herabminderung der Beteiligungsanteile steht in Aussicht, da inzwischen die Abbestellungen infolge Ausblasens weiterer Hochöfen zugenommen haben." Der Bericht verteidigt (?) alsdann das Syndikat und die Verkaufsvereinigungen gegen den Vorwurf, die zur Zeit der Höchstkonjunktur im Inland aufgetretene Kohlenknappheit durch übermäßige Steigerung des Absatzes nach dem Ausland wesentlich verschärft zu haben.

#### Zur Krisis in Nordamerika.

Die Kommission des Repräsentantenhauses für die Banken und Geldumlaufsmittel hat sich, wie uns aus Washington gemeldet wird, in ihrem Bericht günstig über die am 8. Januar von Fowler eingebrachte Gesetzesvorlage, die den Geldumlauf elastischer zu gestalten sucht, ausgesprochen.

Wie ferner der Berichterstatter der „Kölnischen Ztg." in New-York meldet, nimmt man dort an, daß der Zusammenbruch des gesamten Gouldschen Bahnsystems bevorsteht. Hierzu bemerkt die „Köln. Ztg.": Wenn sich dies bestätigen sollte, so würden dabei außer der Great Northern- und der Texas and Pacific-Bahn in Frage kommen die Denver and Rio Grande, die Missouri Pacific, die St. Louis South Western, die Wabash, die Western Maryland, die West Virginia Central und die Wheeling an Lake Erie-Bahn.

*

—y. **Um 100 000 Mark geschädigt.** Nachträglich hat sich herausgestellt, daß die Leipziger Immobiliengesellschaft durch ihren Kassierer F. Schneider, der nach 22jähriger Dienstzeit durch Selbstmord endete, um den Betrag von annähernd 100 000 Mark geschädigt worden ist. Trotz dieses Verlustes wird jedoch voraussichtlich das Erträgnis dieses Jahres hinter dem des Vorjahres nicht zurückbleiben, weil die Gesellschaft in den letzten Tagen bei einer Konsortialbeteiligung einen Gewinn gemacht hat, der die verunreute Summe noch überfteigt.

—y. **Norddeutsche Hagelversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit** in Berlin. Die Gesellschaft mußte von ihren Versicherten wieder den relativ sehr hohen Nachschuß von 150 Proz. (i. V. 160 Proz., 1905 178 Proz.) einfordern. Die Gesamteinnahmen des Instituts betrugen 6,97 Millionen Mark, die Ausgaben aber 17,59 Millionen Mark. Infolgedessen ergab sich ein Fehlbetrag von 10,61 Millionen Mark, wovon 1,63 Millionen Mark aus den Reserven, der Rest durch Nachschuß gedeckt wurde.

—y. **Aus der Kaliindustrie.** Vorbehaltlich definitiver Vereinbarung ist die Quote von Krugershall im Kalisyndikat für das laufende Jahr mit 16,5 Tausendstel, für das nächste Jahr mit 17 Tausendstel vorgesehen. — Die Gewerkschaft Burbach nahm ihrerseits von der Fortführung der Verhandlungen mit dem Landwirtschaftskonsortium Abstand, da sie eine Konkurrenz mit den nachträglich eingegangenen Felderofferten ablehne.

W. **Der Aufsichtsrat der Berlin-Frankfurter Gummiwarenfabriken** beschloß, der am 1. April stattfindenden Generalversammlung nach reichlichen Abschreibungen die Verteilung einer Dividende von wiederum 9 Prozent vorzuschlagen.

—y. **Dividendenvorschläge für 1907.** Preußische Lebensversicherungs-Ges. in Berlin wieder 60 ℳ = 20 %. — Nordböhmische Kohlenwerks-Gesellschaft 62 Kr. (i. V. 50 Kr.) — Deutsche Ton- und Steingezugwerke in Charlottenburg wieder 10 % auf das erhöhte Kapital bei 144 352 ℳ (i. V. 147 305 ℳ) Abschreibungen, wieder 100 000 ℳ Rücklage und 46 525 ℳ (18 845 ℳ) Vortrag, wobei bemerkt wird, daß größere Lieferungsverträge als im Vorjahre vorliegen.

## A. Produkten- und Warenmärkte.

### Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

L. **Hamburg**, 28. Februar. Tägliche ausländ. Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. **Weizen:** Hardwinter II Febr. 220 ℳ, Rosafé 79 kg schwim. 210 ℳ, Febr./März 210¾ ℳ, März/April 210¾ ℳ, April/Mai 212 ℳ, Barl. Russo 80 kg schw. 210 ℳ, Febr./März 210 ℳ, März/April 210 ℳ, April/Mai 211½ ℳ, La Plata ung. 80 kg Febr./März 210 ℳ, Bluestem Mazo ankommend 217 ℳ, Walla Walla März ankommend 216 ℳ — **Roggen:** Südruss. 9 Pud 10/15 Febr./März 203½ ℳ, 9 Pud 10 Novorossisk März 202 ℳ, Western II März 203¾ ℳ — **Futtergerste:** Südruss. 60/61 kg schwim. 140¾ ℳ, Febr. 140½ ℳ, März 140¾ ℳ, April/Juni 140 ℳ — **Mais:** Mixed dreihäfig Febr. 144¾ ℳ, gedarrt 146¾ ℳ, La Plata April/Mai 138 ℳ, Mai/Juni-Juni/Juli 137 ℳ, Odessa schwim. 145¾ ℳ.

— **Berlin**, 28. Febr. (**Berliner Produktenbörse.**) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen, inländ. 205,00—208,00 ℳ ab Bahn und frei Mühle, Mai 210,50 bis 211,00 ℳ, September 196,00 ℳ. Roggen inländ. 194,00—195,00 ℳ ab Bahn und frei Mühle, Mai 200,00—201,25 ℳ. Hafer, märk., mecklenb., pommu., preuß., pos. und schles. fein 175,00 bis 181,00 ℳ, mittel 165,00—174,00 ℳ, gering 156,00—162,00 ℳ ab Bahn und frei Wagen, Juli 168,75 ℳ. Mais amerik. mixed 159,00—162,00 ℳ, runder 157,00—160,00 ℳ frei Wagen. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 150,00—158,00 ℳ, gute 159,00—176,00 ℳ, russ. und Donau leichte 150,00 bis 153,00 ℳ ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländ. und ausl. Futterware, mittel 180,00—186,00 ℳ, feine Futter- und Taubenerbsen 187,00—195,00 ℳ, kleine Kocherbsen —,— bis —,— ℳ, ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 26,50—29,00 ℳ. Roggenmehl 0 und 1 25,10—26,90 ℳ. Weizenkleie 12,50—13,25 ℳ. Roggenkleie 12,50—13,00 ℳ. Mittagsbörse: Weizen, inländ. 206,00 bis 208,00 ℳ ab Bahn, Mai 210,75—211,00—210,50—211,75 bis 211,25 ℳ, Juli 211,75—213,00—212,75 ℳ. Roggen inländ. 194,00 bis 196,00 ℳ ab Bahn, Mai 201,00—200,50—201,50—201,25 ℳ, Juli 197,50—197,00—198,00—197,50 ℳ. Hafer Mai 166,75—166,50 bis 167,00—166,50 ℳ, Juli 168,75 ℳ. Weizenmehl 00 26,75 bis 29,00 ℳ. Roggenmehl 0 u. 1 25,20—27,00 ℳ. Rüböl, Mai 71,20—71,40—71,20 ℳ, Oktober 68,50—68,40 ℳ.

L. **Weltmarkt.** Berlin, 28. Febr. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) Weizen: Berlin, 755 gr., Mai 211,25, Juli 212,75. Newyork, Red Winter Nr. 2 loko 159,10, Mai 162,20. Chicago Northern I Spring, Mai 152,00, Juli 143,70. Liverpool Red Winter Nr. 2, März 161,15. Paris Lieferungsware Februar 182,00, Budapest Lieferungsware April 201,30. Odessa Ulka 9 3/90 3—4 % Bef. einschl. Bordesspesen loko 174,65. Buenos-Aires Durchschr.-Qualität bordfrei 134,40. Roggen: Berlin 712 gr. Mai 201,25, Juli 197,50. Odessa 9 9/10 einschl. Bordesspesen loko 152,50. Hafer: Berlin 450 gr. Mai 166,50, Juli 168,75. Mais: Berlin Lieferungsware Mai —,—. Newyork mixed Mai 117,30. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—.

### Stroh und Heu.

# **Halle a. S.**, 28. Febr. (Mitgeteilt von Otto Westphal.) Sämtliche Preise gelten für 50 kg, und zwar bei Partien frei Bahn hier, bei einzelnen Fuhren frei Hof hier.

**Roggenlangstroh** (Handdrusch): 2,80 ℳ bei Partien, 3,00 ℳ in einzelnen Fuhren.

**Maschinenstroh für Papierfabriken bei Partien:** Roggenstroh 1,25 ℳ; Weizenstroh 1,20 ℳ; zu Streuzwecken bei Partien: Roggenstroh 1,75 ℳ, Weizenstroh 1,75 ℳ, in einzelnen Fuhren: Roggenstroh 2,00 ℳ, Weizenstroh 2,00 ℳ; Dreidrusch bei Partien: Roggenstroh 2,50 ℳ, Weizenstroh 2,50 ℳ, in einzelnen Fuhren: Roggenstroh 2,75 ℳ, Weizenstroh 2,75 ℳ.

**Wiesenheu** bestes oder Thüringer, beste Sorten, bei Partien: 4,25 ℳ, in einzelnen Fuhren: 4,50 ℳ; gute fremde Sorten, bei Partien: 3,75 ℳ, in einzelnen Fuhren: 4,00 ℳ.

**Kleeheu** erster Schnitt, beste Sorten, bei Partien: 4,25 ℳ, in einzelnen Fuhren: 4,50 ℳ; minderwertige Sorten, bei Partien: —,— ℳ, in einzelnen Fuhren: —,— ℳ.

**Torfstreu** in 200 Ztr.-Ladungen: frei Bahn hier 1,10 ℳ, in einzelnen Ballen: vom Lager hier 1,60 ℳ.

**Häcksel**, gesund und trocken, bei Partien frei Bahn hier 2,10 ℳ, in einzelnen vom Lager hier 2,70 ℳ.

### Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Berlin**, 28. Febr. Kartoffelstärke 24,75—25,25 Mk., Kartoffelmehl 24,75—25,25 Mk., feuchte Stärke 14,50 Mk.

### Spiritus.

— **Hamburg**, 28. Februar. Spiritus fest, Februar 32½ G., Februar-März 32½ G., März-April 32½ G.

— **Paris**, 28. Februar. Spiritus behauptet, Februar 44,00, März 44,25, Mai-August 45,75, Septbr.-Dezbr. 41,00.

### Oele und Oelfrüchte.

— **Hamburg**, 28. Febr. Rüböl ruhig, loko verzollt 75,00.

— **Köln**, 28. Febr. Rüböl loko 76,50, Mai 75,50.

— **Paris**, 28. Februar. Rüböl fest, Februar 82,50, März 83,25, März-April 83,75, Mai-August 81,00.

— **Amsterdam**, 28. Febr. Leinöl fest, loko 24¼, März 23¾, März-April 23½, Mai —, Mai-August 22½, Sept.-Dezbr. 22.

**W. Pest**, 28. Febr. Raps per August 16,10 Gd., 16,20 Br.

### Zucker.

+ **Braunschweig**, 28. Februar. (Originalbericht von Quensell & Spannuth.) Rohzucker: Der Wochenumsatz des hiesigen Bezirks beträgt ca. 24 000 Ztr. Es notieren heute für 100 kg: Brotraffinade —,— ℳ lose in blau Papier, Würfelraffinade I —,— ℳ inkl. Kiste, Würfelraffinade II —,— ℳ inkl. Kiste, gem. Raffinade —,— ℳ inkl. Sack b. f. n., gem. Melis —,— ℳ inkl. Sack b. f. n.; für 50 kg: Kristallzucker —,— ℳ, Kornzucker 88 % Rdmt. 9,85—9,95 ℳ exkl., Nachprodukte 75 % Rdmt. 8,00-8,25 ℳ exkl. Rübenmelasse 43 % Bé a. G. (81,5 % Brix) —,— ℳ, für 50 kg exkl.

W. **Hamburg**, 28. Febr. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo per Februar 20,15, per März 20,20, Mai 20,55, per August 20,90, per Oktober 19,60, Dezember 19,55. Tendenz: Behauptet.

W. **London**, 28. Febr. 96 % Java-Zucker prompt ruhig, 10 sh. 9 d. Verk. Rüben-Rohzucker Februar matt, 10 sh. 0 % d. Wert.

### Kaffee.

— **Hamburg**, 28. Februar. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos März 32¾ G., Mai 32¾ G., September 33¾ G., Dezember 33¾. Tendenz: Ruhig aber behauptet.

— **Amsterdam**, 28. Februar. Java-Kaffee, good ordinary, fest, loko 37.

— **Havre**, 28. Febr. Kaffee. Good average Santos März 42,50, Mai 42,75, Septbr. 42,25, Dez. 42,50. Tendenz: Ruhig.

**W. Rio de Janeiro**, 27. Febr. Kaffee. Zufuhr 9000 Sack in Rio, 16 000 Sack in Santos.

### Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 28. Febr. Baumwolle, ruhig, stetig. Upland midding loco 58½ Pfg.

— **Antwerpen**, 28. Febr. Wolle. La-Plata-Zug Type B. März 5,15 Käufer, Sept. 4,72½ Käufer. Behauptet.

— **Liverpool**, 28. Febr. Baumwolle. Umsatz 6000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Tendenz: Ruhig. Amerikan. good ordinary Lieferungen: Stetig. Per Febr. 5,62, per Febr.-März 5,62, per März-April 5,63, per April-Mai 5,64, per Mai-Juni 5,65, per Juni-Juli 5,65, per Juli-August 5,62, per Aug.-September 5,53, per Sept.-Okt. 5,46, per Okt.-Nov. 5,39.

### Petroleum.

— **Hamburg**, 28. Febr. Petroleum fest, Standard white loko 7,55.

### Metalle.

— **Amsterdam**, 28. Februar. Banczinn fest, loco 78½.

— **London**, 28 Febr. Silber 25½ Lstrl., Chili-Kupfer 58⅛ Lstrl., per 3 Monate 58⅝ Lstrl., Blei, span. 13⅞ Lstrl., engl. 14¼ Lstrl., Zinn 129⅝ Lstrl., Zink 21⅛ Lstrl.

— **Glasgow**, 28. Febr. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Wraarnts Middlesborough III 50 sh. 4½ d

## B. Tiere und tierische Produkte.

### Schlachtviehmärkte.

#### Magerviehhof in Friedrichsfelde. (Amtlich.)

⊙ **Friedrichsfelde**, 28. Februar. Auftrieb: 1272 Stück Rindvieh, 109 Kälber, Milchkühe 732, Zugochsen 362, Bullen 59, Jungvieh 129 Stück. Verlauf des Marktes: Geschäft in allen Viehgattungen gedrückt, verbleibt erheblicher Ueberstand; Preise niedriger. Es wurden gezahlt für: A. Milchkühe und hochtragende Kühe: a) 4—8 Jahre alte Primakühe 430—490 ℳ und über Notiz, I. Qualität, gute schwere 340—420 ℳ, II. Qual., gute mittelschwere 260 bis 330 ℳ, III. Qualität, leichte 150—250 ℳ; b) ältere Kühe I. Qualität, gute schwere 270—350 ℳ, II. Qual., mittelschwere 140—260 ℳ; c) tragende Färsen 220—370 ℳ. B. Zugochsen: 1. Norddeutsches Vieh pro Ztr. Lebendgewicht: I. Qualität —,— ℳ, II. Qualität —,— ℳ, III. Qualität —,— ℳ; 2. Süddeutsches Vieh pro Ztr. Lebendgewicht: a) gelbes Frankenvieh, Scheinfelder I. Qualität 42—44 ℳ, II. Qualität 39—41 ℳ, III. Qualität 34 bis 38 ℳ; b) Pinzgauer I. Qual. 41—43 ℳ, II. Qual. 38—40 ℳ, III. Qual. 33—37 ℳ; c) süddeutsches Schedevieh, Simmenthaler Bayreuther I. Qualität 41—43 ℳ, II. Qual. 38—40 ℳ, III. Qual. 33—37 ℳ. C. Jungvieh zur Mast: Bullen, Stiere und Färsen pro Ztr. Lebendgewicht: I. Qual. 31—35 ℳ, II. Qual. 25—30 ℳ. D. Bullen zur Zucht: Ostfriesen und Oldenburger 500—920 ℳ, Simmenthaler und Freyburger 520—675 ℳ, ½jähr. Rassekälber 150 bis 210 ℳ.

— **Magdeburg**, 28. Febr. (Amtlicher Bericht.) Städtischer Schlacht- und Viehhof. Auftrieb: 109 Rinder, 71 Kälber, 56 Schafvieh usw., 1132 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht (gemäß den Feststellungen durch die Wagen im Viehhof): Ochsen: A. ——, B. ——, C. 32—34, D. 28—30 ℳ. Bullen: A. ——, B. 34—36, C. 30—32, D. 27—28 ℳ. Kalbenu. Kühe: A. ——, B. 30—32, C. 26—28, D. 23—25, E. 19—22 ℳ. Kälber: A. ——, B. 42—47, C. 29—38, D. ——— ℳ. Schafe: A. 38 bis 40, B. 34—37, C. ——— ℳ. Schweine (mit 20 % Tara): A. 55—56, B. 52—54, C. 47—51, D. 45—52 ℳ. — Verlauf und Tendenz: mittelmäßig. Ueberstand: 40 Rinder, — Kälber, — Schafe, — Schweine.

## C. Neueste Handels-Depeschen.

**W. New-York**, 28. Febr. Roter Winter-Weizen loko 103, per März ——, per Mai 105, per Juli 100, per Sept. ——. Mais per Mai 70½, per Juli 68⅝, per Sept. ——. Getreidefracht nach Liverpool 1⅜.

**W. Chicago**, 28. Februar. Weizen per Mai 97⅞, per Juli 92⅝. Mais per Mai 61⅜.

— **New-York**, 28. Februar. Petroleum Standard white in New-York 8,75, do. in Philadelphia 8,70, do. in Refined Cases 10,90, do. Credit Balances at Oil City 1,75.

**W. New-York**, 28. Febr. Schmalz Westernsteam 7,80, Rohe und Brothers 8,00.

---

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebensleben; für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Obeling; für Lokales: i. V.: derselbe; Schlußredaktion: K. Berwecke, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190802292-10/fragment/page=0003

# Berliner Börse, 28. Febr. 1908

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| *1* 1.Jan. | *4* 1.Apr. | *7* 1.Juli | *O* 1.Okt. | *a* 1.1.7. | *d* 1.4.10. | *g* 15.3.9. | *k* 15.6.12. |
| *2* 1.Fbr. | *5* 1.Mai | *8* 1.Aug. | *N* 1.Nov. | *b* 1.2.8. | *e* 1.5.11. | *h* 15.4.10. | *l* 11.6.12. |
| *3* 1.Mrz. | *6* 1.Juni | *9* 1.Spt. | *D* 1.Dez. | *c* 1.3.9. | *f* 1.6.12. | *i* 15.5.11. | *v* versch. |

$q_1$ quartaliter 1.1.4.7.10. — $q_2$ do. 1.2.5.8.11. — $q_3$ do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 6%, Lombardzinsfuss 7%, Privatdiskont 4⅜%.

Nachdruck verb.

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuss vor den Kursen angegeben. Bei den Dividendenpapieren ... werden von ... des Kaufes gerechnet. ... in Prozenten notiert.

## Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

## Preussische Pfandbriefe.

## Stadt-, Kreis- und Gemeinde-Anleihen.

## Renten-Briefe.

## Deutsche Loose.

## Ausl. Fonds u. Pfandbriefe

## Eisenbahn-Prior.-Obligat.

## Eisenbahn-Stamm-Aktien

## Strassen- u. Kleinbahnen

## Schiffahrts-Aktien

## Deutsche Hypoth. Pfandb.

## Obligat. Indust. Gesellsch.

Die mit Stern (*) bezeichneten sind hypothek. sichergestellt.

## Bank-Aktien

## Brauerei-Aktien

## Industrie-Aktien

## Wechselkurse

## Gold, Silber, Banknoten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190802292-10/fragment/page=0004
DFG